



GEWERKSCHAFT
DEUTSCHER LOKOMOTIVFÜHRER
– HAUPTVORSTAND –

GDL-Hauptvorstand · Postfach 60 08 94 · 60338 Frankfurt am Main

Deutschen Bahn AG
Herrn Werner Gatzer
Vorsitzender des Aufsichtsrates
und zur Weiterleitung an die Mitglieder des Aufsichtsrats

per E-Mail
cc: Martin Seiler, DB

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

MR/LJ/CD/Ta/pb

Tel. – 2102, Fax – 2109

E-Mail: petra.buchfeld@gdl.de

Datum

17. Januar 2025

Offener Brief an die Mitglieder des Konzernaufsichtsrats der Deutschen Bahn AG bezüglich der Wiederbestellung von Martin Seiler als Vorstand Personal/Recht

Sehr geehrter Herr Gatzer,
sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats,

der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) wendet sich mit diesem Schreiben an Sie als diejenigen Entscheidungsträger im DB-Konzern, welche in den nächsten Tagen im Rahmen der Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn AG über die Wiederbestellung von Herrn Martin Seiler als Vorstand Personal und Recht zu entscheiden haben.

Eine funktionierende Tarif- und Sozialpartnerschaft, gerade in anspruchsvollen Zeiten, die von geopolitischen und wirtschaftlichen Imponderabilien geprägt sind, ist ein wichtiges Gut. Es ist die gemeinsame Aufgabe der Tarif- und Sozialpartner, Strategien und Lösungen zu erarbeiten, zu verhandeln und bestenfalls einvernehmlich zu vereinbaren. Aus Sicht der GDL besteht bedauerlicherweise genau diese tragfähige und funktionierende Tarif- und Sozialpartnerschaft zwischen der Deutschen Bahn AG und der GDL nicht (mehr). Dies manifestiert sich am Vorgehen des Arbeitgebers in Tarifverhandlungen.

Tarifverhandlungen folgen stets dem gleichen „Drehbuch“ unter der Regie von Herrn Seiler. So werden Verhandlungen stets nur scheinbar, als Alibi für die Medien, geführt. Lösungsvorschläge werden nicht gemacht. Stattdessen setzt die Arbeitgeberseite darauf, die GDL zu einer Schlichtung zu bewegen. Funktioniert das nicht, provoziert die DB Streiks. Es folgt der Versuch, die Streiks unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel gerichtlich untersagen zu lassen. Ist auch dies erfolglos, kommt es zu längeren Streiks mit wirtschaftlichen Millionenschäden. Erst dann ist die Arbeitgeberseite zu

zielgerichteten Tarifverhandlungen bereit. Die dabei erreichten Ergebnisse hätten in den vergangenen zwei Tarifrunden (2021 und 2023) in ergebnisorientierten und im Sinne der Wirtschaftlichkeit des DB-Konzerns geführten Tarifverhandlungen schneller, ohne Streikschäden, ohne Imageschäden und ohne Motivationsschäden bei den Beschäftigten erreicht werden können. Keine einzige Wettbewerbsbahn geht diesen, von Herrn Seiler eingeschlagenen Weg. Allein die DB verursacht durch ihre vorsätzlich gegen die GDL gerichtete Strategie Unsummen an zusätzlichen Streikkosten und verbrennt in jeder Tarifrunde aufs Neue mutwillig Steuergelder in Millionenhöhe.

Nachdrücklich zu kritisieren sind auch die einseitigen Entscheidungen, mit denen die Arbeitgeberseite GDL-Mitglieder bewusst benachteiligt. Dies gilt insbesondere für die tendenziöse Anwendung des § 4a TVG, dem sogenannten Tarifeinheitsgesetz (TEG).

Bereits seit März 2021 wendet der DB-Konzern das TEG als einziger Arbeitgeber innerhalb der Eisenbahnen in Deutschland bundesweit gegen seine Beschäftigten an – ohne vorherige sachgerechte Prüfung und rechtssichere Durchführungsmöglichkeit eines Zählverfahrens. Mehrheitsentscheidungen basieren auf vier Jahre alten Schätzungen, die seinerzeit falsch waren und es heute umso mehr sind. Seit 2021 wird hierzu nun vor unterschiedlichen Instanzen prozessiert und auch damit Vermögenswerte der DB AG negativ belastet.

Neben der Einnahme einer nahe am Unvertretbaren liegenden Rechtsposition bewirkt das Vorgehen des Arbeitgebers eine ganz erhebliche Frustration bei den Beschäftigten, die sich nicht zuletzt in ihrer Selbstbestimmung verletzt sehen. Die tendenziöse Anwendung des TEG bewirkt Konflikte in den Betrieben zwischen den betrieblichen Führungskräften wie auch den Betriebsräten, die den sachfalschen und als zutiefst ungerecht angesehenen Entscheidungen der Konzernleitung ausgeliefert sind.

Für die GDL besteht kein Zweifel daran, dass auch diese Vorgänge auf Veranlassung, auf jeden Fall aber mit dem Wissen des Vorstands Personal und Recht stattfinden.

Schlimmer wäre dann nur noch, wie zuletzt am Beispiel DB Cargo AG ersichtlich, dass die GDL noch nicht einmal zu den Gesprächen eingeladen wird, obwohl in der medialen Öffentlichkeit stets der Plural verwendet wird.

Leider müssen wir als Tarifpartner ebenfalls feststellen, dass sämtliche Versuche einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Blick auf die Weiterentwicklung der Tarifverträge mit dem Ansatz einer stabilen und zukunftsweisenden Personalpolitik in Zeiten des demografischen Wandels stets einseitig blockiert werden. Kurzum: Das Wohl des Unternehmens, dessen wirtschaftlichen Erfolg und die Verantwortung gegenüber dem Personal bilden ganz offensichtlich nicht den Maßstab des Handelns der Arbeitgeberseite.

Hintergrund unserer ablehnenden Haltung ist die aktuelle Personalpolitik im DB-Konzern. Die Entscheidungen der Vergangenheit des aktuellen Personalvorstands zwingen die GDL zu einer fortschreitenden Eskalation. Der Betriebsfrieden wurde damit zum Teil erheblich gestört und der Keil der Unzufriedenheit in die Belegschaft getrieben. Die GDL erwartet zukünftig keine Änderung der Strategie des Vorstands Personal und Recht. Dazu gibt es keinerlei Indiz. Stattdessen erwartet die GDL weitere Eskalationsspiralen in den bevorstehenden Tarifrunden mit den oben beschriebenen

wirtschaftlichen und betrieblichen Folgen, die ihre Ursachen nicht in sachlichen Überlegungen und Zwängen haben – denn sonst wären sie ohne eskalierende Konflikte lösbar – sondern in einem Desinteresse an einer funktionierenden, auf Gegenseitigkeit beruhenden Sozialpartnerschaft.

Sehr geehrter Herr Aufsichtsratsvorsitzender Gatzer,
sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats,

den Unterzeichnern ist durchaus bewusst, dass unser Vorgehen unorthodox ist. Gleichwohl sehen wir den personalpolitischen Frieden, mit Blick auf die aktuelle Lage wie auch mit Blick auf die zukünftigen Tarifrunden, die wirtschaftliche Lage des DB-Konzerns, als nicht dauerhaft gesichert an, sollte Herr Seiler als Vorstand Personal und Recht wiederbestellt werden.

Die bisherigen Entscheidungen des Vorstands Personal und Recht können nur zu einer Entscheidung führen: Einer Wiederbestellung im Sinne des Unternehmens unter Berücksichtigung aller Faktoren kann ein verantwortungsvoll handelnder Aufsichtsrat NICHT zustimmen, ohne seine eigenen Rechte, Pflichten und Verantwortung zu verletzen.

Mit freundlichen Grüßen
Geschäftsführender Vorstand



Mario Reiß
Bundesvorsitzender



Lars U. Jedinat
Stellv. Bundesvorsitzender



Christian Deckert
Stellv. Bundesvorsitzender